

**Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 19. August 2008**

Vorlagen-Nr. 08-F-01-0077

**Integrationsbericht / Integrationsvereinbarung (Kapitel 6.2)  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 -**

Im Integrationsbericht 2007 der Landeshauptstadt Wiesbaden wird unter Kapitel 6.2. (Seite 56 ff) auf die Integrationsvereinbarungen mit islamischen Gemeinden eingegangen.

In seiner Stellungnahme zu diesem Bericht hat der Ausländerbeirat am 13.6.2008 auf S. 2 ausgeführt, diese Vereinbarung sehr zu unterstützen. Allerdings „[...] sollte angestrebt werden auch die anderen islamischen Gemeinden für dieses Projekt zu gewinnen.“ Der Beschluss Nr. 0662 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2004 beschränkt den Auftrag an den Magistrat allerdings nicht allein auf die islamischen Gemeinden, sondern auf alle Religionsgemeinschaften Wiesbadens ohne Staatsvertrag.

Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im Vollzug des Beschlusses 0662 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2004 in Verhandlungen mit den Organisationen einzutreten, mit denen die Integrationsvereinbarung noch nicht abgeschlossen wurde. Dazu gehören islamische Vereine, vor allem die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.), und weitere Organisationen/Gruppen/Vereine ohne Staatsvertrag.

Der Magistrat wird zudem gebeten selbstständig und regelmäßig (zweimal jährlich) über den Fortgang der Verhandlungen zu berichten.

---

**Beschluss Nr. 0041**

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.08.2008 betr.

Integrationsbericht / Integrationsvereinbarung (Kapitel 6.2)

wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2008

Spruch  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .08.2008

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .08.2008

1. Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Ausländerbeirat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister